

*Yves Doutriaux*

## Frankreich und die OSZE

In diesem Jahr, in dem die OSZE den 30. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki begeht, befindet sie sich auch in einer Phase der Ungewissheit. Soll ihr beachtlicher *Acquis* bewahrt werden, muss das Vertrauen, das einst in den Beziehungen zwischen Russland und seinen westlichen Partnern innerhalb der Organisation herrschte, wieder hergestellt werden. Der Vertrauenskrise ist es aber immerhin zu verdanken, dass die OSZE, die in den diplomatischen Konsultationen zwischen den Hauptstädten in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten war, bei zahlreichen hochrangigen Gesprächen zwischen europäischen, russischen und amerikanischen Verantwortlichen nun wieder auf der Tagesordnung steht. Frankreich hat durch einen intensiven Meinungsaustausch mit Russland, aber auch mit Deutschland, den USA, Großbritannien und den übrigen Partnern in der Europäischen Union viel dazu beigetragen. In diesem Zusammenhang war auch Frankreichs Kandidatur für den Posten des OSZE-Generalsekretärs zu sehen.<sup>1</sup>

### *Die Errungenschaften der OSZE*

30 Jahre Helsinki-Schlussakte legen Zeugnis davon ab, wie wichtig der Weg war und ist, der seit der Verabschiedung des Prinzipiendekalogs von 1975, der auch 2005 nichts von seiner Aktualität verloren hat, zurückgelegt wurde. Der Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Verpflichtung zur friedlichen Regelung von Streitfällen und die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen gehen heute wie vor 30 Jahren Hand in Hand mit der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Aber auch wenn die gemeinsamen Verpflichtungen ihre Gültigkeit in vollem Umfang behalten haben, so gelten sie heute doch für einen „OSZE-Raum“, der mit dem Europa von 1975 nicht mehr viel gemein hat. Die KSZE und später – seit dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 – die OSZE haben es ermöglicht, die Länder Ost- und Südosteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens auf ihrem Übergang zur Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte zu begleiten. Ausgestattet mit den geeigneten Institutionen konnte die OSZE dazu beitragen, dass die Teilnehmerstaaten ihre Verpflichtungen auch erfüllen konnten. So hat das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) seit Beginn der 1990er Jahre weltweit anerkannte Kompetenz im Bereich der Wahlbeobachtung erworben, auf die es insbeson-

---

<sup>1</sup> Am 10. Juni 2005 trat der französische Diplomat Marc Perrin de Brichambaut die Nachfolge des langjährigen Generalsekretärs der OSZE, Ján Kubiš, an.

dere bei der Beobachtung der für die demokratische Transformation Georgiens, der Ukraine und Kirgisistans so wichtigen Wahlen der Jahre 2003, 2004 und 2005 zurückgreifen konnte. Frankreich stellt dem BDIMR regelmäßig Kurz- und Langzeitwahlbeobachter zur Verfügung, so auch für das Team zur Unterstützung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Afghanistan, einem der Kooperationspartner der OSZE.

17 Feldmissionen in Zentralasien, im Kaukasus, in Osteuropa und in Südosteuropa leisten derzeit ihren Gastgeberländern in verschiedensten Bereichen Hilfestellung: von der Zerstörung von Kleinwaffen und Munition über die Polizeiausbildung bis zur Beratung bei der Erarbeitung von Gesetzen in den Bereichen Medien und politische Parteien, vom interethnischen Dialog bis zur Bekämpfung der Korruption und vieles mehr. So bot das OSZE-Zentrum in Bischkek Kirgisistan unverzüglich Hilfe bei der Überwindung der Krise im Frühjahr 2005 an. Es beteiligte sich maßgeblich an den Vorbereitungen zu den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen und hat seine Maßnahmen zur Polizeiausbildung verstärkt, an denen sich Frankreich auf Ersuchen des Leitenden Polizeiberaters der OSZE, Richard Monk, seit mehreren Jahren mit der Abordnung von Angehörigen der Gendarmerie und der Polizei beteiligt.

Auch den anderen OSZE-Missionen stellt Frankreich regelmäßig Personal zur Verfügung, darunter die Leiter der Missionen im Kosovo (bis März 2005) und in Tadschikistan. Darüber hinaus gewährt Frankreich den Missionen außerbudgetäre Beiträge zur Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit demokratischer Regierungsführung (Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption und Menschenhandel) oder entsendet Experten (z.B. zur Zerstörung von Munition in Tadschikistan) in die Missionen. Die französischen Botschaften in den Gastgeberländern sind angehalten, mit den OSZE-Missionen zusammenzuarbeiten und sich an gemeinsamen Projekten zu beteiligen.

### *Neue Verpflichtungen*

Um auf neue Herausforderungen reagieren zu können, haben die OSZE-Teilnehmerstaaten neue Verpflichtungen übernommen:

- *Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels:* Der Plan betrifft die Herkunftsländer ebenso wie die Transit- und die Zielländer. Paris tritt vehement gegen diese neue Form der Sklaverei ein, zahlt Beiträge in den im BDIMR angesiedelten Fonds zur Bekämpfung des Menschenhandels ein und hat bereits mehrmals die neue OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels Helga Konrad in Paris empfangen, um ihr die von Frankreich in diesem Bereich getroffenen Maßnahmen vorzustellen. Im September 2005 veranstaltete Frankreich in Bukarest eine Regionalkonferenz zu diesem Thema unter Mitwirkung von Frau Konrad.

- *Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus:* Frankreichs jüdische Gemeinde ist die größte in Europa, gleichzeitig hat Frankreich einen bedeutenden muslimischen Bevölkerungsanteil. Frankreich hat sich aktiv an den OSZE-Konferenzen über Antisemitismus und Rassismus in Wien, Berlin, Brüssel und Cordoba beteiligt. Neben Regierungsvertretern warnten prominente Persönlichkeiten wie Simone Veil, Robert Badinter, der Abgeordnete Pierre Lellouche und Dalil Boubaker, Rektor der Großen Pariser Moschee und Präsident des Französischen Muslimischen Rates, vor einer Zunahme antisemitischer und rassistischer Übergriffe und unterstützten die Bemühungen der OSZE, ihre Teilnehmerstaaten zu einer Verschärfung ihrer Strafgesetze zu bewegen und gegenseitigen Respekt zu fördern. Frankreich unterstützt das Programm für Toleranz und Nichtdiskriminierung, das vom BDIMR entwickelt wurde. Der Direktor des BDIMR, Christian Strohal, wurde ebenfalls bereits mehrere Male in Paris empfangen.
- *Terrorismusbekämpfung:* Französische Experten nehmen an den von der Gruppe Terrorismusbekämpfung (*Action against Terrorism Unit, ATU*) der OSZE durchgeführten Workshops teil und bieten ihre Hilfe auch bei Projekten vor Ort an (z.B. für eine Studie zur Sicherheit von Reisedokumenten in Mazedonien). Frankreich gibt seine Erfahrungen bei der Terrorismusbekämpfung – wie z.B. die Zusammenarbeit der französischen und spanischen Polizei und Justiz, die im April 2005 auf Bitten des Leiters der ATU, Brian Woo, in Wien vorgestellt wurde – gern weiter.

#### *Die Europäische Union in der OSZE*

Die 25 Mitgliedstaaten der EU und die mit ihr assoziierten Länder unterstützen die OSZE im Rahmen der auf gegenseitige Ergänzung ausgerichteten Beziehungen zwischen Brüssel und Wien. So sind die Kriterien, die die EU-Beitrittskandidaten erfüllen müssen – Gewährleistung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten – weitgehend identisch mit den Verpflichtungen, die die Teilnehmerstaaten im Rahmen der OSZE eingegangen sind. Viele Ziele beider Organisationen liegen also – ebenso wie diejenigen des Europarats – sehr eng beieinander.

Frankreich setzt sich für eine aktivere Rolle der EU in der OSZE ein; dazu gehört z.B. die Bereitstellung von Mitteln seitens der Europäischen Kommission zur Finanzierung bestimmter vorrangiger Projekte (wirtschaftlicher Wiederaufbau Südostetiens, Zerstörung von Kleinwaffen und Munition, Polizeiunterstützung in Kirgisistan). So hat Frankreich das Konfliktverhütungszentrum der OSZE in ein Konsortium aufgenommen, das von der Europäischen Kommission im Rahmen des Gemeinschaftshilfeprogramms für Wieder-

aufbau, Entwicklung und Stabilisierung (*Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation, CARDS*) Subventionen erhalten hat, mit denen den Ländern Südosteuropas bei der Sicherung ihrer Grenzen geholfen werden soll. Auch die Verabschiedung eines Dokuments durch den EU-Außenministerrat im Dezember 2004, in dem die Prioritäten der 25 EU-Mitglieder innerhalb der OSZE festgehalten sind, geht auf Frankreich zurück.

### *Eine Phase der Ungewissheit*

Seit einigen Jahren und insbesondere seit 2003 ist allerdings eine Phase der Ungewissheit in den Beziehungen zwischen Russland und seinen westlichen Partnern eingetreten, die die Funktionsfähigkeit der Organisation beeinträchtigt. Weder auf dem Ministerrat von Maastricht im Dezember 2003 noch auf denjenigen von Sofia im Dezember 2004 und Ljubljana im Dezember 2005 gelang es den Teilnehmerstaaten, eine gemeinsame politische Erklärung zu verabschieden, da beide Male kein Konsens zustande kam. 2004 veröffentlichte Russland gemeinsam mit mehreren anderen GUS-Staaten zunächst in Moskau und später in Astana zwei Erklärungen, in denen die Unterzeichner deutliche Kritik an der OSZE übten und deren „Reform“ anmahnten. Die einzelnen Kritikpunkte sind seitdem hinlänglich bekannt: „doppelte Standards“ bei der Beurteilung, inwieweit Staaten ihren Verpflichtungen im Bereich demokratischer Institutionen und Wahlen nachkommen, Unausgewogenheit in der Arbeit der Organisation zugunsten der menschlichen Dimension und auf Kosten der politisch-militärischen und der ökonomischen Dimension sowie der Vorwurf, die schriftlichen Berichte der Wahlbeobachter des BDIMR seien übermäßig „politisch“, statt sich auf „technische“ Fakten zu beschränken. Die Folge davon war, dass die OSZE im Frühjahr 2005 weder über einen Haushalt noch über einen Beitragsschlüssel für die Teilnehmerstaaten verfügte, da Russland zudem eine erhebliche Senkung seines Beitrags forderte. Darüber hinaus setzte Russland dem Grenzbeobachtungseinsatz der OSZE an der georgisch-russischen Grenze ein Ende.

Moskaus Verärgerung veranlasste einige Teilnehmerstaaten – namentlich Frankreich – dazu, Beratungen über mögliche Lösungen aufzunehmen, mit denen die Funktionstüchtigkeit der OSZE wiederhergestellt werden könnte. Außenminister Michel Barnier nutzte die jährlichen französisch-russischen Konsultationen zu Sicherheitsfragen am 20. und 21. Januar 2005 in Moskau für ein ausführliches Gespräch über die OSZE mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Auf Wunsch der Minister sind die zuständigen Vertreter beider Länder inzwischen zu Gesprächen über Lösungsmöglichkeiten für die aufgetretenen Probleme zusammengetroffen.

Diese Beratungen haben wesentlich zu einer Verbesserung der Atmosphäre beim Ministerratstreffen von Ljubljana beigetragen, an dem auch Barniers

Nachfolger, Außenminister Philippe Douste-Blazy, teilnahm und auf dem u.a. Einigung über den Beitragsschlüssel und den OSZE-Haushalt erzielt werden konnte.

### *Die Trümpfe der Organisation*

Um die beachtlichen Errungenschaften der OSZE zu bewahren, muss das Vertrauen zwischen Russland und seinen westlichen Partnern wiederhergestellt werden. Dieses Jahr, in dem wir den 30. Jahrestag der Helsinki-Schlussakte feiern, sollte dazu genutzt werden, die Blockaden in der Organisation zu überwinden.

Zunächst sollten wir uns die Trümpfe der OSZE vor Augen führen:

- Im Rahmen von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen ist die OSZE die einzige regionale Sicherheitsorganisation, der Russland, alle EU-Länder sowie die Staaten Nordamerikas, Zentralasiens, des Kaukasus und Südosteuropas gleichberechtigt angehören. Natürlich unterhält Russland einen Dialog mit der EU und mit der NATO, dies aber als externer Partner, der den Organisationen selbst nicht angehört und ihnen auch nicht beitreten möchte.
- Aufgrund ihres umfassenden Sicherheitsbegriffs ist die OSZE prinzipiell für zahlreiche traditionelle Bereiche der drei Dimensionen von Sicherheit – der politisch-militärischen, der wirtschaftlichen und der menschlichen – zuständig, aber auch für neuere Aufgaben wie z.B. den Kampf gegen Terrorismus, Menschenhandel, Rassismus, Antisemitismus und vieles mehr. Die OSZE ist geradezu dafür prädestiniert, sich mit den neuen Bedrohungen der Sicherheit ihrer Teilnehmerstaaten (Probleme des Grenzmanagements, gefährliche Munitionsbestände, Geldwäsche, organisierte Kriminalität etc.) auseinander zu setzen.
- Und schließlich gilt innerhalb der OSZE das Konsensprinzip, das allen Teilnehmerstaaten Gleichbehandlung garantiert. Sie sind gezwungen, so lange miteinander zu verhandeln, bis sie sich auf für alle akzeptable Kompromisse geeinigt haben. Die Konsensregel soll prinzipiell zu vertrauensvolleren Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten beitragen, da der Standpunkt jedes einzelnen Staates, und sei es der kleinste, gleichermaßen berücksichtigt werden muss.

### *Wiederherstellung von Vertrauen zwischen Russland und dem Westen*

Um das Vertrauen aller Teilnehmerstaaten in die Organisation wiederherzustellen, muss zunächst ihre politisch-militärische Dimension gestärkt werden, die derzeit eher unterentwickelt ist: Angesichts der Tatsache, dass der 1999

angepasste KSE-Vertrag noch nicht in Kraft getreten ist und im Forum für Sicherheitskooperation kaum neue Vorhaben in Angriff genommen werden, entsteht der Eindruck, dass es in der politisch-militärischen Dimension nicht mehr vorwärts geht. Die OSZE muss, was ihren Fundus an Maßnahmen zur militärischen Vertrauensbildung und zur Herstellung von Transparenz beim Transfer von Kleinwaffen und Munition anbelangt, ihr Licht gewiss nicht unter den Scheffel stellen. So verabschiedete der Ministerrat von Maastricht auf Initiative Frankreichs und der Niederlande z.B. ein Dokument über die Lagerbestände überschüssiger Munition, das derzeit in Tadschikistan und Kasachstan sowie in Kaliningrad operativ umgesetzt wird. Die OSZE sollte im Übrigen den Umfang ihrer Verpflichtungen im politisch-militärischen Bereich stärker bekannt machen, insbesondere in den Vereinten Nationen oder in anderen Regionalorganisationen, die sich vielleicht entsprechende Anregungen holen möchten.

Man muss allerdings noch wesentlich weiter gehen: Die bereits vorhandenen Dokumente müssen aktualisiert werden, um den neuen Bedrohungen durch Terrorismus oder auch dem Problem der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gerecht zu werden. Im November 2005 schlug Frankreich dem Forum für Sicherheitskooperation neue Initiativen vor, u.a. zur Vereitelung von Lufttransporten illegal gehandelter Kleinwaffen und Munition, für regionale vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und zur weiteren Verbreitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Antipersonenminen. Wie von Russland bereits vorgeschlagen, sollte ein Seminar über Militärdoktrinen durchgeführt werden, um insbesondere die eventuelle Anpassung der OSZE-Dokumente an neue Entwicklungen in den Militärstrategien und bei der Militärtechnologie zu erörtern.

Auf der anderen Seite könnte die OSZE ihre Aktivitäten auf dem unstrittigen Gebiet der Terrorismusbekämpfung weiterentwickeln. Dabei soll sie sicherlich keine neuen Normen setzen, die nur die bereits von den VN oder anderen Organisationen aufgestellten duplizieren oder verkomplizieren würden; vielmehr sollte sie z.B. einen Pool nationaler Experten für die verschiedenen Arten von Bedrohungen einrichten und denjenigen Staaten Hilfe anbieten, die nicht genügend dafür ausgestattet sind, auf die Gefahren zu reagieren. Im Oktober 2005 veranstaltete die OSZE z.B. auf Vorschlag Frankreichs ein Expertentreffen zu Fragen der Nutzung des Internet zu terroristischen Zwecken, z.B. zum Sammeln von Geld, zur Anwerbung von Mitgliedern, zur Verbreitung von Propaganda oder zur Vorbereitung von Terrorakten.

Im Bereich Konfliktprävention und Konfliktbewältigung könnte die OSZE sich noch stärker an der Lösung der Probleme in Südossetien, Transnistrien und Berg-Karabach beteiligen. Sie allein kann die Beilegung der so genannten eingefrorenen Konflikte zwar nicht gewährleisten, ihre Rolle sollte aber nicht unterschätzt werden. In Südossetien und Transnistrien bietet sie eine Vielzahl vertrauensbildender Maßnahmen an; die EU, die vor kurzem erst einen Sonderbeauftragten für Moldau ernannt hat, könnte die Bemühungen

der OSZE entschlossener unterstützen, insbesondere finanziell. Auch die jüngste Erkundungsmission nach Berg-Karabach, die Deutschland auf Ersuchen der drei Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe (USA, Frankreich und Russland) durchgeführt hat, stellt einen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens dar.

Der wirtschaftlichen Dimension der OSZE fehlt es an Dynamik. Natürlich ist die OSZE – anders als die EU, die eigene Hilfsprogramme für ihre „neuen Nachbarn“ in Osteuropa, u.a. im Kaukasus, aufgelegt hat – keine Entwicklungshilfeorganisation. Dennoch könnte sie aber z.B. die Staaten bei der Implementierung des neuen Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption unterstützen oder Hilfe beim modernen Grenzmanagement zur Bekämpfung der verschiedenen Formen des illegalen Handels durch Erleichterungen für den legalen Handel und Personenverkehr anbieten. Russlands Vorschlag, das Wirtschaftsforum 2006 solle sich mit den europaweiten Transportnetzen befassen, ist nur allzu berechtigt. Der Schwerpunkt könnte dabei auf der Erschließung von Regionen liegen, die entweder von Konflikten betroffen (Kaukasus) oder unzureichend integriert (Zentralasien) sind. Zu all diesen Fragen sollte das Know-how der Europäischen Kommission herangezogen und über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland hinaus für den wesentlich größeren geographischen Raum der OSZE genutzt werden.

Schließlich muss das, was in der menschlichen Dimension der OSZE erreicht wurde, bewahrt und weiterentwickelt werden. Bei der Wahlbeobachtung sollte das BDIMR mehr Beobachter aus Ländern „östlich von Wien“ einsetzen. Frankreich hat z.B. für die dritte Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen die Kosten für rund 20 Beobachter aus Bulgarien übernommen, die überdies den Vorteil hatten Russisch zu sprechen, was die Wahlbeobachtung erheblich erleichtert hat. Frankreich ist für jegliche Diskussion über die Modalitäten der Wahlbeobachtung offen, solange die Wirksamkeit von Beobachtungsmissionen nicht in Frage gestellt wird.

Zur Bekämpfung von Intoleranz ist es notwendig, dass die Teilnehmerstaaten den ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen. Dazu gehören z.B. die Strafverfolgung rassistischer und antisemitischer Übergriffe sowie die Förderung gegenseitiger Achtung und Toleranz in der Schule und in den Medien. Dabei ist insbesondere dem Internet Aufmerksamkeit zu schenken, wie es die von Außenminister Barnier und dem damaligen Amtierenden Vorsitzenden Solomon Passy eröffnete Pariser OSZE-Konferenz im Juni 2004 auch empfohlen hat. Im Rahmen der OSZE können sich die Teilnehmerstaaten über Maßnahmen zur Integration von Immigranten, zur Bekämpfung aller Arten von Diskriminierung sowie zum Schutz und zur Reintegration von Opfern des Menschenhandels, insbesondere Frauen und Kindern, austauschen. Am 28. und 29. April 2005, zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing, war Frankreich Gastgeber einer gemeinsam mit der OSZE finanzierten Konferenz zum Thema Gewalt gegen Frauen, an der Außenminister

Michel Barnier ebenso teilnahm wie der Amtierende Vorsitzende der OSZE im Jahr 2005, Dimitrij Rupel, der Direktor des BDIMR, Christian Strohal, die OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels, Helga Konrad, und der Leitende Polizeiberater der OSZE, Richard Monk. Im September 2005 besuchten der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung des Antisemitismus, Gert Weisskirchen, und der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Moslems, Ömur Orhun, Frankreich und berichteten über die französische Gesetzgebung und bewährte Verfahren auf diesem Gebiet.

#### *Bessere Koordinierung der OSZE-Aktivitäten*

Die OSZE könnte ihre vielfältigen Aktivitäten noch wesentlich wirksamer und nach außen sichtbar gestalten, wenn sie die Synergieeffekte u.a. zwischen den Missionen vor Ort, den Institutionen, den Persönlichen Vertretern des Amtierenden Vorsitzenden und der Parlamentarischen Versammlung stärker nutzen würde. Entsprechend dem vom Ministerrat in Sofia gefassten Beschluss könnte der Generalsekretär unter der Anleitung des Amtierenden Vorsitzenden damit beauftragt werden, die Arbeit der Organisation zu koordinieren. Um Doppelarbeit zu vermeiden und ein abgestimmtes Vorgehen zu ermöglichen, unterhält der Generalsekretär Kooperationsbeziehungen mit seinen Amtskollegen in den übrigen internationalen und regionalen Organisationen (VN, EU, NATO, Europarat, Organisation der Islamischen Konferenz, Arabische Liga etc.). Der Ministerrat von Ljubljana hat den Generalsekretär damit beauftragt, einen Beitrag der OSZE zu der von Kofi Annan ins Leben gerufenen „Allianz der Kulturen“ vorzubereiten. Gleichzeitig verkörpert der Generalsekretär das institutionelle Gedächtnis der Organisation. Schließlich sollte der Generalsekretär den Teilnehmerstaaten bei der Suche nach Lösungen für Krisen und Konflikte zur Verfügung stehen, ähnlich wie er es gemeinsam mit dem Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine, in Kirgisistan und in Usbekistan (nach der Andischan-Krise) bereits getan hat. Insgesamt wäre auch eine ambitioniertere Medienpolitik für die OSZE von Vorteil, mit der sie ihre traditionellen ebenso wie ihre neuen Aufgaben und Aktivitäten einem breiteren Publikum bekannt machen könnte.

In Abstimmung mit seinen wichtigsten Partnern trägt Frankreich nach Kräften zu den laufenden Bemühungen bei, der OSZE über die Schwierigkeiten, die sie in den Jahren 2004-2005 hatte, hinwegzuhelfen, um so einen Neuanfang zu ermöglichen und das Vertrauen zwischen allen Beteiligten wiederherzustellen. Die Differenzen und Empfindlichkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten verschwinden natürlich nicht über Nacht; doch kann die OSZE wieder zu einem echten Dialogforum werden, in dem ohne Bitterkeit alle Fragen, die unsere gemeinsame Sicherheit im weitesten Sinne betreffen, erörtert werden.